



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

Punkt 38 der Tagesordnung: Klimanotstand in Karlsruhe: Der Karlsruher Gemeinderat spricht sich für den übergangsweisen Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Philippsburg aus

Antrag: AfD

Vorlage: 2019/0804

Antrag auf Absetzung

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2019/0919

Beschluss:

Antrag abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Bei 3 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 38 zur Behandlung auf. Die FDP hat ihren Änderungsantrag zurückgezogen.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD): Mit der Abschaltung von Philippsburg 2 in drei Monaten verabschieden wir uns endgültig von der Kernerenergie in unserer Region und in Baden, der Karlsruhe viel verdankt.

(Beifall Tribüne)

Ohne den Betrieb des Kernforschungszentrums seit Anfang der 60er Jahre und des dazugehörigen Instituts für Transurane der EU, gäbe es heute in Karlsruhe keine Europäische Schule, kein KIT und die meisten IT-Firmen hätten sich nicht hier, sondern woanders niedergelassen. Karlsruhe wäre eine völlig andere Stadt. Aber es geht nicht nur darum, es geht auch nicht primär um die rund eintausend Arbeitsplätze, die mit der Aufgabe des Betriebs in Philippsburg bei dem Betreiber, dem Zulieferer und Partnerfirmen, beim TÜV und

den Aufsichtsbehörden mittelfristig wegfallen. Auch wenn wohl keiner der Kollegen auf der Straße stehen wird, werden diese eintausend hoch qualifizierten Arbeitsplätze unserer Region langfristig fehlen. Es geht nicht darum, dass die Zahl der Kernkraftwerke in Europa oder weltweit dadurch etwa abnehmen würde. Fessenheim, eines der ersten von insgesamt fünf Kernkraftwerksgenerationen Frankreichs, wird länger betrieben werden als Philippsburg 2, das zum Teil der vierten/fünften Generation entspricht. Zu den weltweit rund fünfhundert betriebenen Kernkraftwerksblöcken werden kontinuierlich weitere hinzugebaut, sei es in Frankreich, England, Polen, Finnland, China oder jetzt auch in Saudi-Arabien, wo man bis 2030 16 Kernkraftwerke an das Netz bringen will. Es geht vielmehr darum, dass in Deutschland die vorhandenen Nennleistungen an Windkraft und Solarstrom in den letzten zehn Jahren verdreifacht und damit auf rund 110 Gigawatt ausgebaut wurde, dennoch stehen auch heute wegen des Wetters, von diesen 110 Gigawatt nicht mal ein Einziges deutschlandweit stundenlang zur Verfügung. Tatsächlich werden sogar die meiste Zeit nicht einmal zwanzig Gigawatt aus Wind und Sonne erzeugt, sodass wir in Deutschland bei unserem Bedarf von tagsüber sechzig bis achtzig Gigawatt ganz klar auf Grundlast aus Kohle und Kernkraftwerken angewiesen sind und dies auch bleiben werden.

Philippsburg 2 liefert im normalen Betrieb fünfundneunzig bis einhundert Prozent seiner Leistung von rund eineinhalb Gigawatt kontinuierlich, unabhängig von Wind und Wetter, deckt damit etwa ein Sechstel des baden-württembergischen Strombedarfs, und nach seiner Abschaltung muss der Wegfall dieser Grundlast eineinhalb Gigawatt in unserer Region weitgehend durch Kohlestrom ersetzt werden. Dementsprechend wurde der neue Kohleblock im Rheinhafen mit fast einem Gigawatt auch erst gebaut, nachdem 2011 mit der Abschaltung von Block 1 in Philippsburg die gleiche Leistung an Kernkraftstrom weggefallen war. Seither werden im Rheinhafen zwei große Kohleblöcke betrieben, RDK 7 und RDK 8. Wir werden also in unserer Region und hier in unserer Stadt viel mehr Kohlekraftwerksbetriebsstunden haben als bisher, sodass wir die CO₂-Statistik der Stadt deutlich verschlechtern, auch wenn ihr nur die CO₂-Freisetzung zugerechnet wird, die bei der Erzeugung des hier verbrauchten Stromes entsteht. Aufgrund der großen Menge des in Philippsburg bisher praktisch CO₂-frei erzeugten Stroms, wird dieser Anstieg so deutlich sein, dass alle anderen Maßnahmen, die wir hier in den nächsten Jahren diskutieren werden, nicht ausreichen, um ihn wieder auszugleichen. Ein Kohlekraftwerk erzeugt rund ein Kilo CO₂ pro Kilowattstunde, ein Kernkraftwerk nur circa zwanzig Gramm. Um die zum Beispiel 2018 jährlichen in KKP 2 erzeugten knapp elf Milliarden Kilowattstunden Strom zu erzeugen, werden wir also bald bis zu zehn Milliarden Kilogramm CO₂ in unserer Region zusätzlich in die Luft blasen müssen, und das jedes Jahr. Wenn man also den Karlsruher CO₂-Ausstoß verringern will, das war das erklärte Ziel des Klimanotstandausrufes, kann man folglich die Abschaltung von Philippsburg 2 nicht hinnehmen, man muss unserem Antrag zustimmen. Darum bitte ich nun vor allem Sie, liebe Kollegen, die sie hier im Juli den Karlsruher Klimanotstand durchgesetzt haben, zeigen Sie uns mit Ihrem Abstimmungsverhalten, ob Sie es mit der Verminderung des CO₂-Ausstoßes ernst meinen oder ob Ihr Klimanotstand nicht mehr als heiße Luft ist.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Es ist jetzt schon spät, deswegen will ich keine energiewirtschaftliche Vorlesung geben, das mache ich ab und zu am KIT, ich möchte nur ein paar wenige Punkte ansprechen. Zum einen ist es interessant, dass der Kollege von der AfD, wenn es um Atomkraft geht, auf einmal den Klimanotstand berücksichtigen will, was er sonst nie tun möchte. Warum? Jetzt zur Sache. Punkt eins, es ist technisch nicht möglich, den Betrieb von Philippsburg 2 zu verlängern, es gibt dafür keine Ersatzteile mehr und es

gibt keine Betriebe mehr, die zertifiziert diese bereitstellen können. Wer wollte auch schon ein Atomkraftwerk mit Schrauben aus dem Baumarkt betreiben? Punkt zwei, wir haben hier in Deutschland einen politischen Konsens, der unter großen Mühen erzeugt und erreicht worden ist, dass man aus der Kernenergie nun endgültig aussteigen will, und es hat niemand, außer einer sehr kleinen Minderheit, Lust den irgendwo wieder aufzumachen und wir schon gar nicht. Punkt drei, und das ist das Wichtigste, Atomenergie ist von Anfang bis Ende keine Lösung. Bei der Förderung von Uran wird Strahlung freigesetzt, in der nuklearen Aufbereitung wird viel Strahlung freigesetzt, dann haben wir ein Endlagerproblem, und nicht zuletzt haben wir Proliferationsprobleme, und damit ist die Kernwaffenproblematik verbunden. Kernenergie ist keine Lösung, und deswegen sind wir auf jeden Fall absolut dagegen auch nur weiter darüber zu befinden.

Stadtrat Maier (CDU): Keine kommunale Aufgabe, keine städtische Zuständigkeit und analog unserem Abstimmungsfall bei Punkt 23, werden wir an dieser Abstimmung nicht teilnehmen.

Stadtrat Huber (SPD): Ich könnte jetzt von Physiker zu Physiker eine ähnliche Abhandlung machen, wie Herr Cremer, aber ich erspare es uns. Ich möchte nur zwei Sachen in Richtung Verwaltung sagen. Die eine Sache ist, wenn wir einen Antrag haben, der ganz offensichtlich nicht in unserem Geschäftsbereich liegt, ich weiß es ist immer wieder der Fall, dass wir trotzdem darüber sprechen, ich würde aber trotzdem gerade in Anbetracht der Arbeitsfähigkeit des Gremiums, das hier in Zukunft wahrscheinlich öfter so lange hier sitzen wird, vielleicht überlegen, dass man mit solchen Anträgen ein bisschen schärfer umgeht.

(Beifall)

Der letzte Punkt ist, ich habe es mir lange überlegt das anzusprechen, Herr Dr. Schmidt arbeitet in diesem Kraftwerk, und ich finde es unzumutbar, dass er diesen Antrag hier einbringt und sich nicht für befangen erklärt. Ich weiß auch nicht, wie man zu diesem Prüfungsergebnis in Bezug auf die Befangenheit gekommen ist, aber dabei möchte ich es jetzt einfach belassen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich nicht über die Sinnhaftigkeit des Fortbetriebs von Atomkraftwerken streiten, da sind wir uns wirklich alle einig. Wir sollten an der Stelle aufhören, uns mit jeglichem Unsinn der AfD-Fraktion zu beschäftigen. An Sie, Herr Dr. Schmidt, ich will hier an dieser Stelle auch niemanden etwas Böses und wir verstehen, dass Sie sich sehr mit diesem Thema identifizieren, aber wir können jetzt nicht jedes Jahr darüber beraten, denn es wird jedes Mal dasselbe dabei rauskommen. Ich kann Ihnen einen freundschaftlichen Rat geben, falls Sie so sehr an den AKWs hängen, die Bundesregierung ist noch auf Endlagersuche, Sie können sich ein paar Fässer in Ihren Vorgarten stellen und sie jeden Tag begutachten und dann ist dieses Thema auch endlich mal gegessen.

Stadtrat Höyem (FDP): Ich will mich nicht in die Debatte einmischen, ich wollte nur sagen, vielleicht wäre es gut, in unserer Klausurtagung darüber zu diskutieren, wie wir hier mit bundespolitische Themen umgehen.

Stadtrat Wenzel (FW): Auch ich habe eine Problematik mit den Themen, die wir nicht beschließen können, das hatte ich auch schon in einer anderen Sitzung gesagt. Die Diskus-

sion der Bevölkerung, ob AKW ja oder nein, CO2 oder Radioaktivität ist angesichts der Entscheidung der Bundesregierung hier fehl am Platz. Ich verstehe die Argumentation von Herrn Dr. Schmidt, aber ich als jahrelanges Mitglied einer ökologischen Partei muss für unsere Fraktion sagen, wir haben uns entschieden, dieses Thema hier abzulehnen, weil es hier nicht zu diskutieren ist.

Der Vorsitzende: Gut, wir haben hier einen zweiten Vorgang, bei dem es aus der Sicht von vielen von Ihnen grenzwertig ist, sich damit zu beschäftigen, wir haben es trotzdem zugelassen, weil wir es bei vergleichbaren Fällen vorher auch zugelassen haben, und ich wüsste jetzt im Moment gar nicht, wo ich so genau die scharfe Grenze zwischen dem einen oder anderen Vorgang ziehen sollte. Deswegen dies zur Erklärung. Zur Befangenheit, die haben wir geprüft, das können wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen, das möchte ich jetzt nicht vorlesen, aber glauben Sie mir, es ist stichhaltig.

Insofern kommen wir jetzt zur Abstimmung und ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung, unter Nichtteilnahme eines größeren Teils der Versammlung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Oktober 2019